

30. Sitzung vom 14. Juni 2012

Beginn der Sitzung:	20.00 Uhr
Vorsitz:	Meier Pius, Präsident
Protokoll:	Müller Daniel, Sekretär
Stimmzähler:	Gullo-Serratore Angela Müller Philipp Wiederkehr Irene
Anwesend:	36 Mitglieder
Abwesend:	---
Behördenvertreter:	Müller Otto, Stadtpräsident Felber Johannes, Stadtrat Brunner Roger, Stadtrat Illi Heinz, Stadtrat Scharen Rolf, Stadtrat Tonini Esther, Stadträtin
Weibeldienst:	Kpl Koch Marco Gfr Marty Patrik

Mitteilungen

- a. Catherine Peer hat am 24. Mai 2012 eine Kleine Anfrage betreffend Trottoir-Übergang an der Neumattstrasse eingereicht.
- b. Catherine Peer und 9 Mitunterzeichnende haben am 24. Mai 2012 eine Interpellation betreffend Spielplatzbewirtschaftung und -planung eingerichtet.
- c. Anton Kiwic und 8 Mitunterzeichnende haben am 24. Mai 2012 ein Postulat betreffend Steinackerstrasse: "Tempo 30 jetzt" eingereicht.
- d. Die nächste Gemeinderatssitzung findet am 5. Juli 2012 statt.

Protokoll

Zum Protokoll der Sitzungen vom 24. Mai 2012 wurden Änderungsanträge gestellt, die noch nicht abschliessend behandelt werden konnten. Das Protokoll wird deshalb erst an der nächsten Sitzung genehmigt.

30. Sitzung vom 14. Juni 2012

Traktandenliste

Es werden keine Änderungen zur Traktandenliste gewünscht.

F3.08.5. Jahresrechnung, Nachtragskredite

Jahresrechnung 2011

Referent: Roger Bachmann, Präsident RPK

Roger Bachmann (SVP) erklärt, dass die RPK für die finanzpolitische Prüfung total sechs Sitzungen aufgewendet und dabei wie üblich eine stichprobenweise Belegkontrolle und einen Augenschein beim Steueramt vorgenommen hat. Parallel zur Arbeit der RPK hat das Gemeindeamt des Kantons Zürich die fachtechnische Prüfung durchgeführt und mit Bericht vom 11. Mai 2012 mitgeteilt, dass die vorliegende Jahresrechnung den geltenden Vorschriften entspricht und genehmigt werden kann. Die Rechnungsprüfungskommission hat entschieden, dass im Nachgang zur Rechnungsprüfung durch eine Delegation ein Spezialgebiet vertiefter überprüft wird; in diesem Jahr werden das die gebührenfinanzierten Werkbetriebe bzw. die "Spezialfinanzierung" sein.

Die Jahresrechnung 2011 schliesst zwar mit einem Aufwandüberschuss von knapp ½ Mio. Franken ab, das ist aber wesentlich besser als das im Voranschlag budgetierte Minus von rund 7 Mio. Franken. Ohne die Abschreibung von ½ Mio. Franken bei der Krone hätte die Jahresrechnung sogar ausgeglichen geschlossen. Die grosse Abweichung beim Ergebnis ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass der Kanton Zürich auf Druck der finanzschwachen Gemeinden während der Budgetphase die Spielregeln in Bezug auf den Finanzausgleich geändert hat. Aus dem Finanzausgleich sind anstelle von budgetierten 19.3 Mio. Franken rund 23.4 Mio. Franken nach Dietikon geflossen.

Die Budgetierung der Steuererträge ist in der Vergangenheit immer wieder kritisiert worden. Lobend zu erwähnen ist, dass bei den Steuererträgen 2011 insgesamt fast eine Ziellandung erreicht wurde.

Erfreulich festzustellen ist im Übrigen auch, dass die Nettoschuld 2011 immer noch unter dem festgelegten Regierungsziel liegt und dass der durchschnittliche Selbstfinanzierungsgrad in der Periode 2007-2011 nur ganz knapp unter den erstrebenswerten 100 % liegt. Das Jahresergebnis wird aber nicht nur durch Gewinne auf der Einnahmenseite beeinflusst, sondern auch durch wesentlich tiefere Ausgaben in einzelnen Positionen. Aufgrund von geringeren Nettoinvestitionen fallen auch die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen im Budgetvergleich rund 1.5 Mio. Franken entsprechend tiefer aus.

Sozialabteilung

Der Nettoaufwand der Sozialabteilung hat den Rechnungsabschluss ebenfalls positiv beeinflusst - statt etwas über 34 Mio. Franken sind netto "nur" 33 Mio. Franken ausgegeben worden, was allerdings nicht darüber hinwegtäuscht, dass der Nettoaufwand im Vergleich zur Vorjahresrechnung um rund 2.5 Mio. Franken gestiegen ist.

Die Sozialabteilung steht in nächster Zeit, bedingt durch das am 1. Januar 2013 in Kraft tretende Erwachsenen- und Kinderschutzrecht, vor grossen Veränderungen und Herausforderungen. Die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte haben kürzlich im Rat den Kredit für die "Neumattstrasse" behandelt. An dieser Stelle kann Roger Bachmann anmerken, dass der Stadtpräsident der Aufforderung von RPK und Gemeinderat nachgekommen ist und im Rahmen der Kommissionsberatung mögliche Alternativen und Verbesserungen bezüglich Raumkonzept aufgezeigt hat.

30. Sitzung vom 14. Juni 2012

Schulabteilung

Das zweite grosse Sorgenkind in der Rechnung der Stadt Dietikon ist die Schulabteilung: Mit einem Nettoaufwand von 32.3 Mio. Franken hat die Schule im letzten Jahr rund 1.3 Mio. Franken mehr gekostet als noch im Jahr 2010 und das Budget wurde um rund 1.6 Mio. Franken überschritten. Mehr als die Hälfte der Budgetabweichung ist dabei auf Anpassungen bei den Lehrerlöhnen zurückzuführen.

Der zweite markante Anstieg ist im Bereich der Sonderschulen zu lokalisieren. Bei den auswärtigen Sonderschulen ist der Nettoaufwand im Vergleich zum Vorjahr wieder um ½ Mio. Franken angestiegen, was auch der Schulverwaltung und der Schulpflege immer mehr Sorgen bereitet. Der Schulvorstand hat darüber informiert, dass man diesbezüglich eine Task-Force gegründet hat, die Ursachenforschung betreibt und mögliche Massnahmen prüft. Die Schule war auch bei der eingangs erwähnten Belegkontrolle das grosse Thema, weil eine Vielzahl von Rechnungen für Taxifahrten aufgefallen ist und bei mehr als einer Rechnung Überschreitungen von Finanzkompetenzen durch die Schulleitung festgestellt worden sind. Einmal mehr thematisiert worden ist dabei übrigens auch der Materialeinkauf durch das Lehrpersonal.

Sicherheits- und Gesundheitsabteilung

Keine nennenswerten Abweichungen gibt es in der Sicherheits- und Gesundheitsabteilung, wo das Rechnungsergebnis nur unwesentlich über dem budgetierten Nettoaufwand liegt. Ertragsausfälle sind bei der Einwohnerkontrolle zu verzeichnen, weil aufgrund des Personenfreizügigkeitsabkommens Ausweise länger gültig sind, was zu geringeren Gebührenerträgen führt. Die Sturmschäden vom vergangenen Juni haben zudem im Freibad Schäden in der Höhe von Fr. 75'000.00 angerichtet und undichte Klappen im Hallenbad haben zu Energiemehrkosten geführt. Die RPK hat im Übrigen einmal mehr die unbefriedigende Situation im Zusammenhang mit dem Vandalismus in öffentlichen WC-Anlagen und die daraus entstehenden Mehrkosten thematisiert.

Hochbauabteilung

Der Aufwandüberschuss 2011 der Hochbauabteilung liegt rund Fr. 140'000.00 unter dem Budget, was auf die nach wie vor hohe Bautätigkeit und die damit verbundenen Gebührenerträge zurückzuführen ist.

Nicht nur die Bautätigkeit von privater Seite, sondern auch die eigenen städtischen Bauten haben die Hochbauabteilung beschäftigt, namentlich der Neu- und Umbau des Ruggacker, der vor der Vollendung steht, die Sanierung des Freibades mit Baubeginn im diesem Herbst, der Kronenausbau, die Planung des Schulhaus Limmatfeld oder die Auslagerung der Sozialabteilung und noch einiges mehr.

Infrastrukturabteilung

Keine besonderen Vorkommnisse sind aus der Infrastrukturabteilung zu melden. Der Nettoaufwand fällt im Vergleich zum Voranschlag leicht tiefer aus und liegt ziemlich genau auf dem Niveau der Vorjahresrechnung. Sämtliche Gemeindebetriebe, die über Gebühren finanziert werden, weisen mit Ausnahme der Abwasserrechnung, die einen Betriebsverlust von Fr. 774'000.00 verbuchen muss, per Rechnungsabschluss 2011 einen Gewinn aus. Allerdings zeigt die Abwasserrechnung einen Einnahmenüberschuss von rund 1.4 Mio. Franken bei der Investitionsrechnung, was auf entsprechend hohe Anschlussgebühren zurückzuführen ist. Der Saldo des Spezialfinanzierungskontos Abwasserbeseitigung weist einen Saldo von 8.1 Mio. Franken aus.

30. Sitzung vom 14. Juni 2012

Präsidialabteilung

Im Vergleich zum Budget liegt der Nettoaufwand rund Fr. 160'000.00 höher. Das ist einerseits darauf zurückzuführen, dass Leistungen des Planungsamtes für andere Abteilungen nicht weiter verrechnet werden und dass die Zahl der Einbürgerungen zurückgegangen ist, was sich in tieferen Gebührenerträgen niederschlägt. Gipsdecken, die sich im Stadthaus gelöst haben und ein Brandfall im Keller sind verantwortlich für unvorhersehbare und nicht budgetierte Mehrkosten beim Sachaufwand. Das bereits erwähnte Stadtplanungsamt hat sich laut Stadtpräsident in organisatorischer, fachlicher wie auch in finanzieller Hinsicht bestens bewährt.

Das Betriebsamt kann in wirtschaftlicher Hinsicht wieder einen Erfolg verbuchen: Der Ertragsüberschuss hat sich fast verdoppelt. Allerdings haben einige personelle Wechsel in Kauf genommen werden müssen und es zeigt sich auch in diesem Bereich, dass es äusserst schwierig ist, gut ausgebildetes Personal zu finden.

Die Rechnungsprüfungskommission empfiehlt dem Gemeinderat, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Diskussion:

Roger Bachmann (SVP) erklärt, dass die Jahresrechnung 2011 im Ergebnis rund 6.5 Mio. Franken besser abschliesst als budgetiert, was grundsätzlich erfreulich ist. Man darf aber nicht vergessen, dass fast 7 Mio. Franken weniger investiert worden sind, was sich entsprechend auf die Abschreibungen auswirkt und dass aus dem Finanzausgleich netto rund 4 Mio. Franken mehr in die Stadtkasse geflossen sind.

Dass man in der Sozialabteilung unter den Erwartungen des Budgets geblieben ist, kann auf den ersten Blick ebenfalls positiv gewertet werden. Im Vergleich zur Vorjahresrechnung ist der Aufwandüberschuss aber doch um 2.5 Mio. Franken angestiegen. Ein ähnliches Bild bei zeigt sich bei der Schulabteilung.

Vor diesem Hintergrund und einer grossen Ungewissheit, wie es mit den Zahlungen aus dem Finanzausgleich und den Steuererträgen in Zukunft weiter gehen wird, kann man sich über die Jahresrechnung 2011 nicht wirklich freuen, vor allem wenn man bedenkt, was auf der Investitionsseite noch alles auf uns zukommt.

Man hat dem Gemeinderat in den letzten Jahren immer gesagt, dass die Zitrone jetzt ausgepresst sei und absolut kein Handlungsspielraum mehr bestehe. Wir wissen alle, dass ein Grossteil unserer Ausgaben tatsächlich durch übergeordnetes Recht vorgegeben sind und immer mehr Aufgaben von Bund und Kanton an die Gemeinden delegiert werden. Aufgrund der durchgeführten Belegkontrolle zeigte sich aber, dass im einen oder anderen Fall durchaus noch Potenzial zum Sparen vorhanden wäre.

Wir müssen in Zukunft alles daran setzen, damit die Steuerbelastung der Einwohnerinnen und Einwohner sowie von Gewerbe und Industrie in den nächsten Jahren auf keinen Fall ansteigt, weil das mit Sicherheit zu einem Standortnachteil und damit verbunden negativen Auswirkungen auf unsere Gemeindefinanzen führen würde. Es braucht dringend eine Bremse bei den Konsumausgaben. Dies gilt ganz besonders für die Ausgaben im Sozial- und Bildungsbereich. Es ist darum als positiv zu werten, dass unsere Schulabteilung im Bereich der Sonderschulung nach kreativen Ideen sucht, wie die Kostenexplosion aufgehalten werden kann. Dies alleine reicht allerdings bei weitem nicht aus.

30. Sitzung vom 14. Juni 2012

Während der Sachaufwand im Vergleich zum Vorjahr um fast 1 Mio. Franken reduziert werden konnte, ist der Personalaufwand um mehr als 2 Mio. Franken angestiegen. Sie sind mit Blick auf künftige Budgets ganz sicher genauer zu betrachten.

Gegen Personalmehraufwand wäre weniger einzuwenden, wenn die Dienstleistungen von Dritten markant tiefer wären oder wenn die Aushilfsentschädigungen viel weniger kosten würden. Aber das Gegenteil ist der Fall. Man macht es sich sicher auch zu einfach, wenn man die Aufwandsteigerung einfach nur dem Bevölkerungswachstum und der Aufgabendelegation von Bund und Kanton zuschreibt. Wir sind überzeugt, dass die Stadtverwaltung in Zukunft ihren Fokus vermehrt auf ihre eigentlichen Kernkompetenzen richten muss.

Die SVP wird den Voranschlag 2013 auf jeden Fall genau prüfen und erwartet kreative und wenn nötig auch einschneidende oder unpopuläre Massnahmen, damit vor allem die Aufwandsteigerung in der laufenden Rechnung gebremst werden kann. Falls entsprechende Bemühungen nicht ersichtlich sind, wird die SVP mit Sicherheit auch eine Ablehnung des Budgets 2013 in Betracht ziehen. In Bezug auf die Jahresrechnung 2011 wird sie aber der Empfehlung der RPK nachgekommen.

Martin Romer (FDP) stellt fest, dass die Rechnung rund 6.5 Mio. Franken besser abschliesst als prognostiziert, sodass ein Aufwandüberschuss von Fr. 500'0000.00 resultiert. Das ist erfreulich, auch wenn das Resultat hauptsächlich auf die Praxisänderung beim Steuerfussausgleich zurückzuführen ist. Die Sozialabteilung blieb dieses Jahr rund 1 Mio. Franken unter dem Voranschlag. Trotz unwesentlicher Veränderung der Fallzahlen stellt man allerdings fest, dass eine Kostensteigerung gegenüber der Rechnung 2010 von 2.58 Mio. Franken zu verzeichnen ist. Die Sozialabteilung schafft es offensichtlich nicht, die unglaublichen Kosten endlich namhaft zu senken bzw. in den Griff zu bekommen. Die erste spontane Freude über den Abschluss wich der alljährlichen Frustration nach Konsultation des Rechnungsabschlusses 2010.

Bei der Schule sind 1 Mio. Franken der gesamten Budgetüberschreitung von 1.63 Mio. Franken mit der Volksschulreform erklärbar. Dennoch ist auch mangelhafte Budgetdisziplin feststellbar. Die Schule hat wohl keine einfache Aufgabe zu bewältigen. Dennoch sollte den Angestellten klar werden, dass nicht immer nur gefordert werden kann, sondern sie sich auch dem Arbeitgeber gegenüber loyal verhalten sollten. Wer wiederholt gegen Anweisungen des Arbeitgebers verstösst, soll Konsequenzen erfahren. Die FDP-Fraktion wird der Rechnung 2011 geschlossen zustimmen.

Max Wiederkehr (CVP) stellt fest, dass auch die CVP die sehr sauber geführte Rechnung 2011 gerne zur Kenntnis genommen hat. Der Aufwandüberschuss beträgt nicht 7 Mio. Franken, sondern wesentlich weniger. Für die im Zuschauerbereich sitzenden Sekundarschüler sei erwähnt, dass die Schule und die Sozialabteilung ungefähr 70 % der Steuereinnahmen für ihre Bereiche benötigen. Mit den restlichen Einnahmen muss die Stadt Gebäude bauen und unterhalten, Löhne zahlen usw. Bezüglich der Sonderschulen stellt sich unwillkürlich die Frage, ob die heutigen Schüler soviel schlechter sind als früher. In den 70er-Jahren waren auch manche Schüler nicht so schlau, wiederholten Klassen und bestanden Prüfungen nicht. Sie haben aber dennoch einen Beruf erlernen können. Die heutige Entwicklung in der Sonderschulung ist aber besorgniserregend. Die CVP genehmigt die Rechnung 2011 gemäss Abschied, betont aber gleichzeitig, dass man damit nicht mit der generellen Situation der Finanzen der Stadt einverstanden ist.

Christiane Ilg (EVP) stellt fest, dass auch die Rechnung 2011 besser abschloss als budgetiert - dieses Mal um 6.5 Mio. Franken. Die Verlagerung von Kosten vom Bund zu den Kantonen und von dort

30. Sitzung vom 14. Juni 2012

zu den Gemeinden führte wiederum zu Mehraufwendungen, dieses Mal unter anderem im Gesundheitsbereich mit der Pflegefinanzierung. Die EVP wird die Jahresrechnung 2011 genehmigen.

René Stucki (SP) erklärt, dass die einzelnen Ressorts im letzten Jahr recht haushälterisch mit den Finanzen umgegangen sind. Nicht zwingend notwendige Ausgaben sind entweder vermieden oder reduziert worden. Trotzdem wurden beim Unterhalt von Strassen und Werkleitungen nötige Unterhaltsarbeiten durchgeführt. Zu Diskussionen Anlass gegeben haben einmal mehr die Schule und die Sozialabteilung. Glücklicherweise haben sich die Änderungen bei der Arbeitslosenversicherung und der IV weit weniger gravierend auf die Sozialkosten ausgewirkt als im letzten Jahr noch befürchtet wurde. Die Deliktsumme bei Sozialhilfemissbrauch ist nur geringfügig angestiegen und es handelt sich hauptsächlich um kleinere Deliktsummen. In absehbarer Zukunft wird der Steuerfussausgleich wegfallen. Steuerfusserhöhungen sind danzumal ein nicht unwahrscheinliches Szenario. In diesem Zusammenhang werden immer wieder Einsparungen verlangt. Dem Rechnungsabschluss ist jedoch zu entnehmen, dass das Geld nicht verprasst wird. Viele Ausgaben sind gebunden und Investitionen müssen getätigt werden. "Wirtschaftsstandort mit Lebensqualität" heisst unser Motto. Zur Lebensqualität gehört auch ein vielseitiges Angebot, wie das AGZ, ein Hallen- und Freibad, Schulen, Krippen, Horte usw. Wenn Sparen kaum möglich ist, sollten Allianzen mit anderen Gemeinden geschmiedet werden. Es sind finanzpolitische Umverteilungen nötig, die den Besonderheiten einer Stadt Dietikon Rechnung tragen. Insbesondere ein Teil der Kosten für Soziale Wohlfahrt sollten durch den Kanton in gewissem Umfang ausgeglichen werden. Die SP-Fraktion wird der Jahresrechnung 2011 einstimmig zustimmen.

Lucas Neff (Grüne) erklärt, dass auch die Grünen der Jahresrechnung zustimmen werden. Allerdings sind 70 % unserer Ausgaben für Soziales und dafür, dass Kinder wie die auf der Tribüne zur Schule gehen können. Als Schüler könnte man die Sparmassnahmen schon kennen, z. B. die Abschaffung des Französisch. Schlecht ist nur, dass man das als Gemeinde nicht bestimmen kann. Das wird vom Kanton geregelt. Der Kanton diktiert uns die gebundenen Ausgaben wie z. B. den Französischunterricht an der Schule. Die Rechnung 2011 zeigt eine "rote Null" anstelle eines Defizits von 7 Mio. Franken. Das ist auch dank dem Kanton entstanden. Bei der Belegkontrolle wurde festgestellt, dass Einkäufe, Dienstleistungen usw. ausserhalb von Dietikon getätigt bzw. vergeben werden. All dies wäre hier auch unter Konkurrenzbedingungen erhältlich. Man könnte beispielsweise ein System schaffen, bei dem ein bestimmter prozentualer Anteil der Leistungen in Dietikon bezogen würde. Das könnte jährlich kontrolliert werden. Von engagierten Mitarbeitern bei der Steuerabteilung hat man erfahren, dass viel mehr Kopfsteuern erhoben wurden. Im Vorjahr wurde diese Leistung mit geringerem Aufwand durch die Sozialabteilung erbracht. Durch eine verbesserte Zusammenarbeit könnte hier zeitlicher Aufwand eingespart werden.

Ernst Joss (AL) meint, dass selbstverständlich jeder fürs Sparen ist. Man muss aber aufpassen, wo man spart. Vor einigen Jahrzehnten funktionierte vieles noch anders. Einige Schüler haben die ganze Schulzeit in der ersten Klasse absolviert. Anschliessend haben einzelne einen Handwerksberuf erlernt oder waren vermehrt als Hilfsarbeiter tätig. Auch noch zur Schulzeit von Ernst Joss haben Schüler die Schule mit einer ungewissen Zukunft verlassen. Selbstverständlich könnte man das Französisch in der Schule abschaffen. Andererseits wäre das sehr schade. Eine Sparmöglichkeit wäre gewesen, die SLS-Vorlage nicht zu genehmigen. Das Stimmvolk hat hier aber anders entschieden. Man muss aufpassen, dass man das Sparen nicht immer auf Kosten der Kleinen macht.

30. Sitzung vom 14. Juni 2012

Nachdem bei der Detailberatung der Rechnung 2011 keine weiteren Voten abgegeben wurden, lässt der Ratspräsident über die Genehmigung der Rechnung abstimmen.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst mit 34 : 1 Stimmen:

Die nachstehende Jahresrechnung 2011 der Stadt Dietikon wird genehmigt.

a) Laufende Rechnung

Aufwand	Fr. 188'065'177.02
Ertrag	Fr. 187'569'385.97
Aufwandüberschuss	Fr. 495'791.05

b) Investitionsrechnung

Nettoinvestitionen	Fr. 16'320'053.67
Verwaltungsvermögen	Fr. 2'043'677.20
Ausgabenüberschuss Finanzvermögen	Fr. 7'726'468.25
Finanzierungsfehlbetrag II	

c) Bilanz

Aktiven und Passiven je	Fr. 205'070'212.67
Eigenkapital	Fr. 73'735'609.88
Verpflichtungen für Spezialfinanzierungen	Fr. 16'619'696.42

Rechtsmittel:

Gegen diesen Beschluss kann nach § 151 Gemeindegesetz i.V.m. § 21 ff. Verwaltungsrechtspflegengesetz innert 30 Tagen seit amtlicher Publikation schriftlich und begründet Beschwerde beim Bezirksrat Dietikon eingereicht werden.

Mitteilung an:

- Bezirksrat Dietikon, Bahnhofplatz 10, 8953 Dietikon;
- Finanzabteilung;
- Stadtrat.

D1.43.3. Software für PC

Kostengünstigere Software in der Stadtverwaltung

Interpellation

Ernst Joss, Mitglied des Gemeinderates, und 5 Mitunterzeichnende haben am 1. März 2012 folgende Interpellation eingereicht:

"In der Stadtverwaltung wird auf den PCs das Betriebssystem Windows eingesetzt. Als Officepaket benutzt man Microsoft Office, die somit ein ohnehin fragwürdiges beinahe Monopol besitzt. Für diese Software werden grosse Summen ausgegeben, dies, obwohl die Software in verschiedener Hinsicht nicht befriedigt. Als Beispiel können offenbar nicht alle Mitarbeiter Dokumente des Formats docx lesen. Mit einem unentgeltlichen Programm wie OpenOffice ist dies problemlos möglich. Auch konnte man mir eine Präsentation des Stadtplaners nur als sehr grosse nicht per Mail zu übermittelnde Datei zustellen. Mit den unentgeltlichen Programmen schaffte ich es, die Präsentation auf eine kleine

30. Sitzung vom 14. Juni 2012

pdf-Datei zu reduzieren.

Das Problem kann in den Umstieg aus Officepaketen wie OpenOffice oder LibreOffice und den Wechsel des Betriebssystems aufgeteilt werden. Ein Umstieg auf andere Officepakete ist auch bei Beibehaltung von Windows als Betriebssystem möglich.

Was den Wechsel des Officepaketes anbelangt, war die Antwort im Rahmen der Budgetdebatte nicht befriedigend. Es ist nur schwer vorstellbar, dass z.B. Microsoft Office für die Zusammenarbeit mit dem Rechenzentrum in St. Gallen nötig ist. Es ist fragwürdig, wenn das Rechenzentrum in St. Gallen zur Abhängigkeit von einem einzigen Softwarelieferanten führt.

Der Umstieg benötigt kaum eine grössere Personalschulung als der Umstieg auf eine neue Microsoft Office Version.

Ich bitte den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Welche Anpassungen wären nötig, um die Kommunikation mit dem Rechenzentrum in St. Gallen offener zu gestalten?*
- 2. Welche Programme sind für die Zusammenarbeit mit dem Rechenzentrum nötig?*
- 3. Wäre auch ein teilweiser Umstieg, z.B. im Officebereich, möglich? Was wären die Konsequenzen resp. Einsparungen?*
- 4. Welche Einsparungen wären mit einer Verwendung eines anderen Betriebssystems und entsprechenden Programmen möglich?*
- 5. Welche Punkte müssen beachtet werden, damit ein solcher Umstieg möglich wird?"*

Mitunterzeichnende:

Rosmarie Joss
Peter Wettler

Catherine Peer

Angela Gullo

Anton Kiwic

Begründung:

Ernst Joss (AL) erklärt, dass auch er für das Sparen ist. Bereits bei der Budgetdebatte zum Voranschlag 2011 stellte er Anträge, gewisse Posten zu streichen. Nachdem das Vorhaben ohne Erfolg war, entschloss er sich, die vorliegende Interpellation einzureichen. Inhaltlich geht es um das EDV-Betriebssystem der Stadtverwaltung und gewisse Programmpakete. Die Softwareumgebung kann man anders einrichten. Ernst Joss ist gespannt auf die Antwort des Stadtrates.

Ratspräsident Pius Meier stellt fest, dass dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation gemäss § 57 der Geschäftsordnung drei Monate zur Verfügung stehen.

P2.10.1. Allgemeine Sicherheit, Überwachung

Videoüberwachung im öffentlichen Raum

Bericht Postulat

Roger Bachmann, Mitglied des Gemeinderates, und 17 Mitunterzeichnende haben am 9. Juni 2011 folgendes Postulat eingereicht:

30. Sitzung vom 14. Juni 2012

"Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat ein Konzept zur Einführung der Videoüberwachung an neuralgischen Orten vorzulegen."

Begründung:

Trotz Litteringverbot ist die Verschmutzung des öffentlichen Raums sowie angrenzender Privatgrundstücke weiterhin ein grosses Problem, das bei der Bevölkerung für Unmut sorgt und der Werkabteilung immensen zusätzlichen Reinigungsaufwand beschert. Ebenso sorgen Gewalt und Vandalismus regelmässig für Schäden an öffentlichen Einrichtungen, die letztlich durch den Steuerzahler zu berappen sind.

Mit der Überwachung neuralgischer Orte wie etwa dem Bahnhofplatz, den Abfallsammelstellen etc. mittels Videokameras könnte präventiv auf Verschmutzung und Vandalismus eingewirkt werden. Der Stadtrat wird deshalb aufgefordert, dem Gemeinderat ein entsprechendes Konzept vorzulegen."

Mitunterzeichnende:

Martin Romer	Irene Wiederkehr	Esther Wyss-Tödtli	Erich Burri
Stephan Wittwer	Trudi Frey	Jörg Dätwyler	Werner Hogg
Rochus Burtscher	Otilie Dal Canton	Philipp Müller	Max Wiederkehr
Josef Wiederkehr	Pius Meier	Ralph Hofer	Markus Erni
Alfons Florian			

Der Gemeinderat hat das Postulat am 7. Juli 2011 an den Stadtrat überwiesen, der dazu wie folgt Bericht erstattet:

Der Einsatz der Videoüberwachung im öffentlichen Raum wird kontrovers beurteilt. Während die befürwortenden Kreise insbesondere auf die präventive Wirkung von Überwachungskameras setzen, mahnen kritische Stimmen vor der Gefahr einer überbordenden Überwachung mit Verletzung elementarer Freiheitsrechte der betroffenen Bevölkerung. In diesem Spannungsfeld unterschiedlicher Schutzinteressen hat der Stadtrat am 24. Januar 2011 die Kleine Anfrage betreffend Videoüberwachung an neuralgischen Orten von Gemeinderat Ueli Bayer beantwortet.

Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen und Strassen

Die vom Gemeinderat am 3. November 2011 genehmigte, totalrevidierte Polizeiverordnung bildet die gesetzliche Grundlage für den Einsatz einer Videoüberwachung im öffentlichen Raum. Die Polizeiverordnung umschreibt als Voraussetzung für den Einsatz von Videokameras namentlich die Abwehr und Verhinderung von strafbaren Handlungen an besonders gefährdeten Örtlichkeiten. Die Überwachung öffentlicher Strassen und Plätze ist daher nur zur Verfolgung von Straftaten oder strafbaren Handlungen zulässig. Zudem ist sie auf eigentliche Kriminalitätsschwerpunkte zu beschränken.

Ob die Videoüberwachung überhaupt geeignet ist, Straftaten im öffentlichen Raum zu verhindern, ist umstritten. Verschiedene Untersuchungen zeigen, dass die Videoüberwachung manchmal wirkt und manchmal nicht. So wird der Bahnhofplatz in Luzern seit 2008 videoüberwacht. Zwar wurden Verlagerungen von Gruppierungen, die sich vorher auf dem Bahnhofplatz aufhielten, festgestellt. Die Wirksamkeit der Videoüberwachung auf die Kriminalität lässt sich jedoch nicht direkt nachweisen. Gemäss einer Untersuchung der Universität Luzern von 2010 hat das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung nach Installation der Videoanlage eher abgenommen.

Die Videoüberwachung im öffentlichen Raum darf nur dann zum Zuge kommen, wenn im konkreten Einzelfall mildere Massnahmen nicht zum Erfolg führen. Dazu gehören insbesondere bauliche, soziale oder organisatorische Massnahmen wie übersichtliche Gestaltung, Zutrittsregelung, verbesserte Beleuchtung, soziale Angebote oder personelle Präsenz.

30. Sitzung vom 14. Juni 2012

In Dietikon gibt es aus heutiger Sicht keine eigentlichen Kriminalitäts- oder Gefahrenschwerpunkte im öffentlichen Raum. Dies lässt sich sowohl durch die Kriminalstatistik der Kantonspolizei als auch durch Beobachtungen der Stadtpolizei belegen. Ein Teil der Bevölkerung beurteilt jedoch die Gegend rund um den Bahnhof als unsicher. Nebst der hohen Präsenz der Polizei am Bahnhofplatz kann die subjektive Sicherheit vor allem mit verstärkter Beleuchtung und verbesserter Sauberkeit erhöht werden. Speziell in den Bahnhofunterführungen kann zudem eine Videoüberwachung sowohl zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls beitragen, wie auch bei der Aufklärung allfälliger Straftaten helfen. Daher soll mit dem Transportunternehmen SBB als Grundeigentümerin und mit den VBZ die Machbarkeit und Wirksamkeit einer Videoüberwachungsanlage beim Bahnhof und speziell in den Unterführungen und an den Haltekanten geprüft werden.

Sollte sich die Situation im übrigen öffentlichen Raum verändern, in dem sich beispielsweise ein Gefahren- oder Kriminalitätsschwerpunkt abzeichnet, muss der Einsatz von Videokameras auch an anderen Orten als am Bahnhof in Betracht bezogen werden.

Sachbeschädigungen an städtischen Liegenschaften und Anlagen

Die städtischen WC-Anlagen sind von Vandalismus stark betroffen. So kommt es insbesondere an der Anlage auf dem Kirchplatz regelmässig zu Sachbeschädigungen und Schmierereien. Die Toiletten im Parkhaus sind täglich von 6 bis 22 Uhr geöffnet und für jedermann zugänglich. Weil sich die Anlage im Untergeschoss befindet, fehlt jegliche soziale Kontrolle. Trotz baulicher Massnahmen und Zutrittsbeschränkungen konnten Beschädigungen nicht wesentlich eingedämmt werden. Als letztes Mittel vor einer allfälligen Schliessung soll mit einer Videoaufzeichnung die Verhütung und Ahndung von Straftaten bezweckt werden. Dazu soll eine Videoüberwachungsanlage evaluiert und ein entsprechendes Reglement erlassen werden.

Auch an anderen städtischen Liegenschaften und Anlagen kommt es gelegentlich zu Sachbeschädigungen, namentlich an den Schulgebäuden. Die öffentlichen Einrichtungen sind den einzelnen Verwaltungsabteilungen zum Betrieb zugewiesen. Die elektronische Überwachung kann dabei in begründeten Fällen als ergänzende Massnahme in Betracht kommen, sofern neben den finanziellen Mitteln auch die personellen und organisatorischen Voraussetzungen für den Betrieb einer Videoanlage geschaffen werden. Heute steht die Schadenssumme aus Vandalismus jedoch in keinem Verhältnis zu den allfälligen Kosten einer Videoüberwachung.

Falsche Abfallentsorgung an Sammelstellen

Das Problem von falsch abgelagertem Abfall und liegen gelassenen Kleinabfällen ist an praktisch allen Sammelstellen anzutreffen. Auch Vandalismus tritt hin und wieder auf. Die neuen Unterflursammelstellen haben jedoch eine deutliche Besserung gebracht. Zur Bekämpfung von Littering und illegaler Entsorgung an den Sammelstellen wirken am besten kombinierte Massnahmen wie gute Beleuchtung, regelmässiges Säubern der Sammelstelle, geschicktes Anordnen der Behälter, Information und Motivation der Bevölkerung. Sammelstellen gehören zudem nicht zu den Kriminalitätsschwerpunkten. Beim unerlaubten Deponieren von Abfällen handelt es sich um eine Übertretung, die mit Busse geahndet wird. Die Grundrechtseinschränkung sowie die hohen Kosten verglichen mit dem erwarteten Nutzen sprechen heute gegen eine Videoüberwachung an Sammelstellen.

Diskussion:

Roger Bachman (SVP) erklärt, dass man diskutieren kann, wie repräsentativ eine Umfrage ist, an der lediglich 4 % der Bevölkerung teilgenommen hat. Die entsprechenden Fragebogen seien anscheinend an einer Sitzung des Ausländerforums aufgelegt, womit die Auswahl nach Zufallsprinzip nicht durchwegs erfolgt zu sein scheint. Wenn das zutrifft, steht das Ergebnis der Umfrage in einem ziemlich schiefen Licht. Ein Vergleich mit Uster oder Dübendorf zeigt, dass in Dietikon bei gleich vielen oder wesentlich weniger Einwohnern doppelt so viele Straftaten begangen werden. In Anbetracht

30. Sitzung vom 14. Juni 2012

dieser Fakten davon zu reden, dass es in Dietikon keine eigentlichen Kriminalitäts- oder Gefahrenschwerpunkt gebe, ist purer Hohn. Das Ziel des Vorstosses war nicht, dass in Dietikon Videokameras flächendeckend installiert werden. Als Ergänzung zur Polizeiarbeit könnte aber an Brennpunkten, wie z. B. beim Bahnhof eine elektronische Überwachung sinnvoll sein. Der Stadtrat spielt den Ball lieber den SBB oder der VBZ zu, als dass er selber aktiv wird. In der RPK hat man schon häufig mit dem Sicherheits- und Gesundheitsvorstand darüber diskutiert, dass man im Kirchenplatz-WC eine Videokamera installieren könnte. Jahr für Jahr sind immense Reparaturkosten nach Vandalenakten zu verzeichnen. Bezüglich dem Arbeitsaufwand beim Sichten des Videomaterials ist festzustellen, dass dieser nur im Schadenfall anfällt. Ausserdem wäre sowieso zu prüfen, ob man in diesem Fall das Datenmaterial nicht der Polizei zur Auswertung übergeben kann. Auch im Hinblick auf die Vandalenakte bei Schulhäusern ist nicht einzusehen, weshalb der Stadtrat nicht ein Gesamtkonzept mit entsprechendem Reglement für alle städtischen Liegenschaften und den gesamten öffentlichen Raum mit allgemeiner Gültigkeit erlassen will. Der Stadtrat erwähnt in seiner Antwort, dass er punktuell einzelne Abklärungen vornehmen will, was aber bei weitem noch kein Konzept für eine Videoüberwachung - wie es eigentlich angeregt war - darstellt.

Martin Romer (FDP) stellt fest, dass offenbar bezüglich Videoüberwachung gewisse Ängste bei den Gegnern bestehen. Der Ursprung dazu liegt sicher auch bei der Unwissenheit über die Verwendung der aufgenommenen Daten. Eine staatliche Bürgerüberwachung wollen aber auch die Befürworter nicht. Dennoch sehen sie Chancen, mittels Überwachung an neuralgischen Punkten eine gewisse soziale Kontrolle auszuüben, um so durch Video-Beweis bei allfälligen Delikten die Fehlbaren zu überführen. Die Kontroverse zwischen Befürwortern und Gegnern zeigt, wie heikel das Thema ist. In Uster wurde ein Betrag von Fr. 30'000.00 jährlich in das Budget aufgenommen, um Videokameras zur gezielten und punktuellen Verbesserung der subjektiven und objektiven Sicherheit einzusetzen. Ausserdem installieren und betreiben die SBB an gewissen Standorten ebenfalls Kameras, was durch die Stadt Uster mit einem jährlichen Betrag abgegolten wird. Martin Romer verweist auf verschiedene Straftaten, nicht zuletzt auch auf Einbrüche in das Kino in Dietikon, welches in den letzten sechs Betriebsjahren rund Fr. 135'000.00 für Ordnung und Sicherheit aufbringen musste. Aussagen des Stadtrates, dass es aus heutiger Sicht in Dietikon keine Kriminalitäts- oder Gefahrenschwerpunkte gibt, sind völlig unverständlich und eine Verharmlosung der wirklichen Gegebenheiten. Im Jahr 2011 waren pro Tag rund 7.1 Straftaten bzw. polizeiliche Einsätze in Dietikon zu verzeichnen. Ohne die Aufträge für das Betriebsamt lag dieser Durchschnitt immer noch bei täglich vier Einsätzen.

Otilie Dal Canton (CVP) erklärt, dass jede Installation einer Videokamera ein Eingriff in die Freiheit des Einzelnen darstellt. Darum muss der Nutzen genau abgeklärt werden. Die Kamera wird vor allem für Kleinkriminalität eingesetzt. Beim Bahnhof werden immer wieder Bahnbesucher attackiert. Das WC bei der Tiefgarage auf dem Kirchplatz kann nicht zu jeder Zeit benützt werden. Vor allem die Frauen haben oft ein mulmiges Gefühl, wenn sie vom Bahnhof Richtung Kirchplatz gehen. Beim Zelgliplatz wird der Müll oft illegal abgelagert. Auch hier würde eine Videoüberwachung hilfreich sein. Wichtig ist - trotz Vorwürfen an einzelne Politiker, dass sie einen Überwachungswahn hätten - dass man sich in Dietikon sicher fühlen kann. An neuralgischen Orten ist es daher richtig, eine Überwachungskamera zu installieren. Mit der Polizeiverordnung hätte man dazu die Grundlage.

Anton Kiwic (SP) stellt fest, dass nicht jedermann und um jeden Preis bereit ist, seine persönliche Freiheit aufzugeben. Auch der Hinweis, dass die Bilder zur Verhinderung oder Verfolgung von Straftaten dienen, ist wertvoll. Littering ist sicherlich störend aber noch keine Straftat. Der Stadtrat verfolgt offenbar die Strategie des "Abwartens und Teetrinkens". Damit kann die SP in dieser Sache gut le-

30. Sitzung vom 14. Juni 2012

ben. Das WC am Kirchplatz mit Videoüberwachung zu schützen, dürfte aufgrund der baulichen Gegebenheiten schwierig sein. Die Videoüberwachung ist grundsätzlich eine gute Sache. Sie soll aber an spezifischen Orten und aufgrund konkreter Gründe eingesetzt werden.

Werner Synatschke (EVP) erklärt, dass wir Gebäude mit Sprinkleranlagen und anderen technischen Einrichtungen sichern. In diesen Bereichen scheut man sich nicht vor Investitionen. In der vorliegenden Sache geht es darum, Personen, die in Not sind, zu schützen. Es ist dabei unerheblich, zu wie vielen Prozenten man sich unsicher fühlt. Eine in Not geratene Person wird sich immer zu 100 % unsicher fühlen. In der Diskussion soll der Mensch als Person im Mittelpunkt stehen. Der Schutz von Personen muss - trotz der anfallenden Kosten - das Ziel der Massnahmen sein. Massnahmen sind also gerechtfertigt, auch wenn sie nur einzelnen, unsicheren Personen helfen werden.

Rochus Burtscher (SVP) stellt zunächst fest, dass Littering doch eine Straftat ist. Es kostet Fr. 80.00, wenn man etwas auf den Boden wirft. Interessant ist die Haltung bezüglich Datenschutz. Einige wollen die Videokameras aus diesen Gründen nicht, geben ihre Daten aber bedenkenlos auf Facebook preis. Das Postulat hat nie eine flächendeckende Einführung von Videokameras verlangt. Die Antwort des Stadtrates ist sehr ungenügend. Viele Antworten, z. B. über die Wirksamkeit von Überwachungen, werden sehr vage gehalten. Man erhält ausserdem den Eindruck, dass entsprechende Massnahmen - auch soziale - nur ergriffen werden, wenn es denn nötig ist. Beschädigungen konnten offenbar auch trotz baulicher Massnahmen nicht wesentlich eingeschränkt werden. Anscheinend kostet eine Videoüberwachung viel, Zahlen werden aber keine genannt. Die Schüler gehen da mit konkretem, gutem Beispiel voran und tun etwas gegen den Abfall, wie dem Bericht in der Zeitschrift "coole Schule" zu entnehmen ist. Die Antwort des Stadtrates enthält nirgends einen Hinweis auf das angeregte Konzept.

Max Widerkehr (CVP) erklärt, dass er das verlangte Konzept ebenfalls nicht gefunden hat. Für die WC-Anlage beim Kirchplatz soll offenbar eine Videokamera installiert werden. Bis wann wird das konkret umgesetzt?

Sicherheits- und Gesundheitsvorstand Heinz Illi erklärt, dass die Installation einer Videokamera bei einer WC-Anlage nicht einfach ist. Zunächst sind dazu umfangreiche Abklärungen - auch bezüglich Datenschutz - erforderlich. Auch technisch ist das Vorhaben eine Herausforderung. Zum konkreten Zeitpunkt der Umsetzung kann noch nichts gesagt werden. Vorgesehen ist effektiv ein gesamtes Konzept zu entwerfen, nicht nur ein einzelnes WC zu überwachen. Als Alternative könnte die WC-Anlage an einem anderen Standort aufgestellt werden.

Max Widerkehr (CVP) findet es schade, dass man sich keinen zeitlichen Rahmen setzt.

Da der Inhalt des Postulats in die Zuständigkeit des Stadtrates fällt, gilt es mit diesem Bericht gemäss § 56 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates als erledigt.

30. Sitzung vom 14. Juni 2012

F5.332. Jugendberatung Dietikon

Aufsuchende Jugendarbeit

Interpellation

Sven Koller, Mitglied des Gemeinderates, und 8 Mitunterzeichnende haben am 12. April 2012 folgende Interpellation eingereicht:

"Der Stadtrat hat die Einführung der aufsuchenden Jugendarbeit als eines seiner Legislaturziele für die Jahre 2012/13 festgelegt. Jugendliche, junge Erwachsene, insbesondere auch Personen aus anderen Kulturen halten sich öfter im öffentlichen Raum auf und tragen so auch zur Belebung der Stadt Dietikon bei. Offene Jugendarbeit sucht diese Personengruppen an ihren Treffpunkten auf und sensibilisiert sie für ein rücksichtsvolles Verhalten im öffentlichen Raum. Die Jugendlichen finden in den Jugendarbeitenden Ansprechpersonen, die sie in ihren Anliegen ernst nehmen und unterstützen. Die Umfrage zum Sicherheitsempfinden hat gezeigt, dass sich ein Teil der Dietiker Bevölkerung zu Nachtzeiten nicht rundum sicher fühlt. Der Stadtrat hat in der Presse die aufsuchende Jugendarbeit als eine der zu treffende Massnahmen erwähnt.

In verschiedener Hinsicht ist ein Bedarf und eine Dringlichkeit für aufsuchende Jugendarbeit ausgewiesen. Ich bitte den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Wann wird die aufsuchende Jugendarbeit in Dietikon umgesetzt?*
- 2. Werden bei der Planung und Umsetzung die Erfahrungen anderer vergleichbarer Städte einbezogen?*
- 3. Welchen konkreten Auftrag sieht das Konzept zur aufsuchenden Jugendarbeit vor und wie viele Stellenprozente sind geplant?"*

Mitunterzeichnende:

Catalina Wolf-Miranda
Peter Wettler

Catherine Peer
René Stucki

Angela Gullo
Ernst Joss

Samuel Spahn
Lucas Neff

Begründung:

Sven Koller (SP) erklärt, dass in Gossau ZH die Eltern die aufsuchende Jugendarbeit übernommen hatten. Sie haben sich zusammengesetzt und über das Wochenende Jugendliche unterwegs aufgesucht, sie bei Bedarf auch nach Hause gebracht. Leider ist die Aktion schnell wieder versandet, als die Kinder jener Eltern älter geworden sind. Viele Jugendliche sitzen draussen und versammeln sich. Was bei uns Angst auslösen kann, ist in anderen Kulturen absolut üblich und normal. Auch in Dietikon beleben Personen den öffentlichen Raum. Dass gewisse Bevölkerungsgruppen, welche enge Wohnraumverhältnisse haben, nach draussen gehen und so mehr Raum suchen, ist verständlich. Obwohl diese Ansammlungen Ängste auslösen können, ist die Gefahr, die davon ausgeht, nicht so gross, wie man denkt. Dass die Jugendlichen anecken, darf in gewissem Rahmen durchaus sein. Jugendliche suchen ihre Persönlichkeit und werden dabei von ihren Eltern teilweise zu wenig begleitet und unterstützt. Aufsuchende Jugendarbeit ist an verschiedenen Punkten in der Stadt unterwegs und sucht Kontakte und Beziehungen zu jungen Menschen. Die aufsuchende Jugendarbeit hat zum Ziel, Beratung und Begleitung anzubieten, sich um Prävention zu kümmern, Projekte durchzuführen oder zu intervenieren, wo Schwierigkeiten entstehen. Sie ist aber keine Hilfspolizei oder Securitas. In Oberengstringen wurde 2009 die Mobile Jugendarbeit Limmattal (MJAL) ins Leben gerufen, mit der

30. Sitzung vom 14. Juni 2012

Idee, weitere Gemeinden einzubinden. Der Stadtrat wird ersucht, bei seinen Abklärungen auch solche Überlegungen mit einzubeziehen.

Ratspräsident Pius Meier stellt fest, dass dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation gemäss § 57 der Geschäftsordnung drei Monate zur Verfügung stehen.

G1.6. Gesundheitsförderung

Qualitätslabel Gesundheitsstadt

Postulat

Werner Hogg, Mitglied des Gemeinderates, und 11 Mitunterzeichnende haben am 12. April 2012 folgendes Postulat eingereicht:

"Ich bitte den Stadtrat, für die Stadt Dietikon die Mitgliedschaft beim Verein "Gesundheitsstadt" zu beantragen und sich für das neue Qualitätslabel "Gesundheitsstadt" zu bewerben.

Der Verein "gesundheitsstadt / citésanté / cittàdellasalute / healthcity" ist Inhaber des gleichnamigen Qualitätslabels. Er verleiht an seine als Mitglieder aufgenommenen Städte und Gemeinden nach der Beurteilung von 185 Kriterien das Bronze-, Silber oder Goldlabel. Die Prüfliste korrespondiert mit der Definition von Gesundheit durch die Weltgesundheitsorganisation. Sie umfasst elf Bereiche: Politik, Verkehrs- und Lebensräume, Sicherheit, Schutz der Lebensgrundlagen/Ressourcen, Gesundheitsförderung/Prävention, medizinische Versorgung, Kultur, soziale Gesundheit, Bildung, Wirtschaft/Erwerbsleben, Gesundheitsmonitoring. Eine Zertifizierung setzt voraus, dass die zentralen Kriterien vollständig und die anderen anteilmässig, je nach Label-Stufe mit erhöhtem Mindestgrad, erfüllt sind. Auf regional unterschiedliche Gegebenheiten und Einflussmöglichkeiten der Gemeinden wird Rücksicht genommen.

Die Auszeichnung ist vergleichbar mit dem Label "Energistadt", für das sich der Stadtrat zum Ziel gesetzt hat, im 2015 das Prädikat "Energistadt Gold" zu erreichen. Wenn dieses Zertifikat vorliegt, gelten einige Messkriterien für die "Gesundheitsstadt" bereits automatisch als erfüllt. Auch die Kosten bewegen sich für beide Bewerbungen in ähnlicher Grössenordnung.

Wenn heute Aktionen zur Förderung der Gesundheit durchgeführt werden, finden diese eher zufällig statt, es fehlt eine kontinuierliche Optik. Dank dem neuen Label werden die Leistungen messbar und ein nachhaltiger Prozess wird in Gang gesetzt. Die Stadt Dietikon hat die Chance, durch ihr Engagement für die Gesundheitsförderung ihr Image und ihre Attraktivität für Privatpersonen, Institutionen und Unternehmen zu steigern."

Mitunterzeichnende:

Ueli Bayer
Samuel Spahn
Lucas Neff

Philipp Müller
René Stucki
Peter Wettler

Martin Romer
Angela Gullo
Catherine Peer

Catalina Wolf-Miranda
Ernst Joss

Begründung:

Werner Hogg (FDP) erklärt, dass die Idee zu diesem Label in Uster entworfen und in mehr als dreijähriger Projektarbeit kreativ entwickelt worden ist. An der Entwicklung mitgewirkt hat die Krankenkasse Helsana und die Stadt Thun. Die primären Ziele des Labels sind etwa der Erhalt und die Verbesserung der körperlichen, psychischen und sozialen Gesundheit der Einwohner, die Verbesserung

30. Sitzung vom 14. Juni 2012

von Rahmenbedingungen in verschiedenen Bereichen oder die Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen betroffenen öffentlichen und privaten Organisationen sowie die Erhöhung der Eigenverantwortung der Bevölkerung. Im September 2011 wurde der Trägerverein "gesundheitsstadt" gegründet, der an seine Mitglieder das Bronze-, Silber- oder Goldlabel verleiht. In die Beurteilung sind 185 Kriterien aufgenommen worden. Nach Uster und Thun könnte Dietikon als eine der nächsten Städte das Label anstreben. Einige Messkriterien gelten als erfüllt, wenn bereits das Zertifikat "Energiesstadt" vorliegt. Gesundheitsaktionen finden heute eher zufällig statt. Mit dem neuen Label werden die Leistungen messbar und ein nachhaltiger Prozess wird in Gang gesetzt.

Diskussion:

Gesundheitsvorstand Heinz Illi erklärt, dass die Idee und Stossrichtung sinnvoll ist. Gesundheitsförderung ist generell gut. Die Stadt hat bei diversen Aktionen bereits mitgemacht. Das Erreichen eines solchen Labels ist aber mit grossem Aufwand verbunden. Die Stadt Dietikon ist Energiestadt und in diesem Bereich wird sogar das Goldlabel angestrebt. Zusätzlich wird geprüft, ob das Label kinderfreundliche Stadt erreicht werden kann. Das alles ist mit grossem Aufwand verbunden. Nicht alles was wünschbar ist, können wir auch umsetzen. Der Stadtrat beantragt deshalb die Nichtüberweisung des Postulates.

Gabriele Olivieri (CVP) erklärt, dass Gesundheit sicher das höchste Gut für jedermann ist. Eine gute Gesundheit ist die Basis, um sein Leben so gestalten zu können, wie man es möchte. Jede Person kümmert sich in erster Linie selber um die eigene Gesundheit. Dennoch sollte die Stadt darauf achten, Gefahrenquellen zu vermeiden und sich darum kümmern, dass die medizinische Versorgung der Bevölkerung richtig funktioniert. Dietikon tut schon viel für die Gesundheit seiner Bürger. Die CVP findet das gewünschte Gesundheitslabel deshalb übertrieben und unnötig. Es ist wirkungsvoller, wenn Dietikon sich weiterhin bei den vielen Neubauten für das Wohlbefinden von Kindern und Erwachsenen engagiert, z. B. mit Spielplätzen, Parks, Brunnen usw.

Catherine Peer (SP) hält fest, dass Dietikon sich "Wirtschaftsstandort mit Lebensqualität" auf die Fahne geschrieben hat. Für eine gute Lebensqualität müssen aber auch die Rahmenbedingungen stimmen. Das Label Gesundheitsstadt wäre genau das Richtige. Das würde unser kostbarstes Gut, die Gesundheit, erhalten und verbessern. Es geht hier nicht nur um ältere Leute, sondern um Personen in allen Lebensbereichen. In ganz verschiedenen Bereichen könnte das Gesundheitslabel viel erreichen. Das Label definiert Kriterien gemäss der Weltgesundheitsorganisation WHO. Wir alle wissen, dass Geld und Wohlstand wenig nützen, wenn man krank ist. Investieren wir also in die Gesundheit. Darum unterstützt die SP das Postulat.

Werner Hogg (FDP) stellt grundsätzlich fest, dass wir wirklich arm sind, wenn uns die Gesundheit nicht wichtig ist. Die verschiedenen Labels sollen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Man sieht aber nicht ein, weshalb eines unterstützt wird, das andere hingegen nicht. Von den 285 Städten in der Schweiz sind seit 23. Mai 2012 erst zwei als Gesundheitsstädte zertifiziert. Die Homepage der Stadt Dietikon enthält unter Gesundheitsprävention vieles, aber kaum etwas, das der Bevölkerung wirklich einen guten Ratschlag gibt. Gesund sein, werden oder es bleiben sind zentrale Wünsche von uns als Menschen. Das sollte doch ein ernsthaftes Anliegen von Politik und Öffentlichkeit sein. Ist die Gesundheit der Bevölkerung für den Stadtrat nicht wichtig? Mit dem Label ist auch die Eigen-

30. Sitzung vom 14. Juni 2012

initiative gefragt. Die Bevölkerung soll ein verbessertes Bewusstsein entwickeln. Gesundheit sollte ein Anliegen von uns allen sein.

Samuel Spahn (Grüne) stellt fest, dass man wohl lieber reich und gesund, als arm und krank ist. Reich sind wir schon, aber gesund könnten wir noch werden. Was an der Haltung des Stadtrates ungesund ist, ist, dass er die Erreichung des Labels nicht einmal prüfen will. Gesundheit ist wohl allgemein ein sehr hohes Gut.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst mit 19 : 16 Stimmen:

Das Postulat von Werner Hogg und 11 Mitunterzeichnenden betreffend Qualitätslabel Gesundheitsstadt wird nicht überwiesen.

Rechtsmittel:

Eine allfällige Beschwerde gegen den Beschluss kann gemäss § 151 Gemeindegesetz i.V.m. § 19 ff. Verwaltungsrechtspflegegesetz (VRG) innert 30 Tagen seit amtlicher Publikation schriftlich und begründet beim Bezirksrat Dietikon eingereicht werden.

Mitteilung an:

- Werner Hogg, Rüterstrasse 29, 8953 Dietikon
- Stadtrat.

B2.32. Baubewilligungen

Raucherzelte und Rauchen in Gaststätten

Interpellation

Ernst Joss, Mitglied des Gemeinderates, und 6 Mitunterzeichnende haben am 12. April 2012 folgende Interpellation eingereicht:

"Im letzten Jahr stellten verschiedene Gaststätten im Winter Raucherzelte auf. Seitdem ist klar, dass diese eine Bewilligung benötigen und der Stadtrat nicht gewillt ist, diese zu erteilen. Trotzdem stellte auch dieses Jahr wieder ein Restaurant ein Raucherzelt auf. Gegen eine Verfügung des Stadtrates wurde rekurrert. Nunmehr zog der Frühling ins Land und es besteht kein Bedürfnis nach einem Raucherzelt mehr. Das Raucherzelt konnte somit während des ganzen Winters illegal benutzt werden.

Schon verschiedentlich wurde in einem Restaurant in Dietikon beobachtet, dass geraucht wurde. Offenbar schritten die Wirtsleute nicht ein.

Diese Vorkommnisse drängen folgende Fragen auf:

- 1. Wie gedenkt der Stadtrat in Zukunft gegen illegale Raucherzelte vorzugehen?*
- 2. Wie wird sichergestellt, dass illegale Zelte rasch wieder verschwinden?*
- 3. Wie werden die Wirtsleute, welche illegale Raucherzelte aufstellten, bestraft?*
- 4. Wie wird die Einhaltung des Rauchverbots in Gaststätten durchgesetzt? Welche Kontrollen erfol-*

30. Sitzung vom 14. Juni 2012

gen? Was sind die Konsequenzen von Verstössen?

Mitunterzeichnende:

Angela Gullo
Thomas Wirth

Peter Wettler
Werner Synnatschke

René Stucki

Catherine Peer

Begründung:

Ernst Joss (AL) erklärt, dass man immer wieder Leute draussen vor dem Restaurant stehen sieht, seit das Rauchen in Gaststätten nicht mehr erlaubt ist. Dagegen ist nichts einzuwenden. Wenn es kälter wird, kommen die Wirte auf die Idee, vor dem Haus ein Zelt aufzustellen. Der Stadtrat ist dagegen vorgegangen, weil keine Bewilligung dafür vorlag. Er forderte in einem Fall im letzten Winter den Wirt auf, ein Gesuch einzureichen. Das hat er getan und das Gesuch wurde danach abgewiesen. Das Verfahren zog sich hin und im Frühling war es nicht mehr nötig das Zelt zwangsweise entfernen zu lassen. Man kann sich vorstellen, dass im nächsten Jahr sich das Spiel wiederholt. Der Stadtrat sollte deshalb hier schnell handeln. Viele haben sich an die Vorschriften gehalten und einzelne wenige nicht. Ein anders Problem ist, dass offenbar in einzelnen Gaststätten trotz Verbot doch geraucht wird. Es gibt Gesetze und die sollen vollzogen werden.

Ratspräsident Pius Meier stellt fest, dass dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation gemäss § 57 der Geschäftsordnung drei Monate zur Verfügung stehen.

Schluss der Sitzung: 21.55 Uhr

Die Richtigkeit des Protokolls bezeugen:

Pius Meier
Präsident

Daniel Müller
Sekretär

Angela Gullo-Serratore
Stimmzählerin

Philipp Müller
Stimmzähler

Irene Wiederkehr
Stimmzählerin